Nr. 34. Sonnabend, den 10. Februar 1917. 31. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11. Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor 1. Stock. Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderlaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213a, Hchpt. Wilhelmsburg bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Wandsbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Die Verlegenheit des Präsidenten Wilson.

Zur Zeit der heftigsten inneren Kämpfe in Albanien kam, so erzählte damals eine Zeitung, der amerikanische Konsul in einem benachbarten Balkanstaat auf den Gedanken, hier müsse etwas getan werden; er, als Vertreter der Vereinigten Staaten, habe die Pflicht, einzugreifen und die Ruhe herzustellen. Also warb er ein paar Führer und Dolmetscher an und ein feierlicher Zug, unter Vorantragung des glorreichen Sternenbanners, begab sich der Konsul mit Gefolge in das Kampfgebiet, um Frieden zu gebieten. Die Albaner aller Parteien betrachteten den Fremdling und seine schöngestreifte und besternte Flagge erst mit Verwunderung; als er ihnen aber eine Rede hielt und verlangte, daß sie sich seinem Willen fügten, war für sie und auch den Konsul der Spaß zu Ende; dieser war froh und in jedem Sinne des Wortes erleichtert, als er wieder jenseits der albanischen Grenze war. Die von ihm so hoch bewertete magische Macht des Sternenbanners hatte versagt.

Wenn die Geschichte nicht wahr ist, so ist sie doch jedenfalls gut erfunden; vor allem zeichnet sie die völlige Unkenntnis europäischer Verhältnisse, die den Durchschnittsamerikaner auszeichnet, und den naiven Glauben, er brauche nur die Flagge mit den Streifen und Sternen zu schwenken und alle Welt werde ihr Reverenz erweisen.

In Wilson steckt, trotz seiner professoralen Gelehrtheit oder vielleicht gerade deswegen, ein gut Stück dieses Amerikanertums; ja, er kann beinahe als dessen Verkörperung angesehen werden. Nur diesem besonderen amerikanischen Selbstbewußtsein muß es zugeschrieben werden, wenn Wilson, als er dem Kongreß den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland mitteilte, so zuversichtlich der Erwartung Ausdruck gab, die andern Neutralen würden seinem Beispiele folgen. Er hatte ja das Sternenbanner geschwenkt, und das mußte genügen.

Aber den neutralen Staaten imponierte das Banner keineswegs in dem Maße, daß sie sich nun hinter den Präsidenten der Union gestellt und Deutschland die Freundschaft gekündigt hätten. Nicht einmal die großen südamerikanischen Republiken, über die die Yankees auf Grund ihrer Monroedoktrin eine Art Schutzherrschaft auszuüben meinen, folgten dem Beispiel der Union. Sogar die Reuterdepeschen lassen erkennen, daß man weder in Rio de Janeiro, noch in Buenos Aires, noch in Santiago gewillt ist, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen, sondern daß man sich mit Protesten gegen die deutsche Seesperrerklärung begnügt. Vielleicht, daß Wilson die Genugtuung erlebt, Haiti und San Domingo in seine Gefolgschaft zu bekommen, aber das würden wir mit Würde zu ertragen suchen. Die europäischen Neutralen, an die Wilsons Appell in erster Linie gerichtet war, haben darauf alle ablehnend geantwortet, teils in Noten, teils in mündlichen Erklärungen ihrer Minister, und der Grundton, der mehr oder minder deutlich hervortrat, war überall der, sie befänden sich in ganz anderen Verhältnissen, als die Union jenseits des großen Wassers, und sie würden sich demgemäß in ihrer Weise mit der Sperrgebietserklärung abfinden. Zuweilen fand sich auch die Andeutung, mit dem Schutz der Neutralen, der jetzt Wilson so sehr am Herzen liegt, hätte früher begonnen werden müssen. Wilson konnte sich hinzudenken: als England mit der Durchbrechung des Seerechts vorging.

Geradezu ein Meisterwerk höflicher Abfertigung ist die schwedische Antwortnote auf Wilsons Ansinnen. Minister Wallenberg betont darin (und mit vollem Recht) die strenge unparteiische Neutralität Schwedens. Das wird Wilson hoffentlich verstehen! Noch deutlicher wird Wallenberg, wenn er von den früheren Bemühungen spricht, die neutralen Mächte zur Zusammenarbeit behufs Aufrechterhaltung der Prinzipien des Völkerrechts zu veranlassen: „Insbesondere unterließ die (schwedische) Regierung es nicht, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern stellte die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubten, sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge führten zu einem System von gemeinsamen Maßnahmen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien.“ Hier wird also die Gesamtheit der skandinavischen Staaten der bisherigen Isolierung der Union gegenübergestellt. Aber Wallenberg geht noch etwas weiter. Er erinnert an die Friedensinitiative Wilsons und sagt darauf, daß zwar Wilsons jetziger Vorschlag (nämlich Abbruch der Beziehungen mit Deutschland) als Ziel die Abkürzung des Kriegsübels angebe, „aber die Regierung der Vereinigten Staaten wählte als Mittel, zu diesem Zweck zu kommen, ein Verfahren, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht, die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der Königlichen Regierung leiteten. Die Regierung des Königs, die sich auf die Meinung der Nation stützt, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargetan hat, will zukünftig wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber den beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern“.

Für den Fall, daß Wilson die Bedeutung dieser Antwort nicht recht begriffen, wäre es wünschenswert, daß seine Gesandten ihm die ganz und gar unmißverständlichen Aeußerungen neutraler, namentlich skandinavischer Blätter übermittelten. Er könnte daraus erfahren, wie man in unbefangenen Kreisen Europas über den Charakter der bisherigen „Neutralität“ der Vereinigten Staaten denkt und wie man die Zumutung aufnimmt, die europäischen Neutralen sollten für Wilsons neuestes Projekt die Kastanien aus dem Feuer holen.

Nachdem der Präsident so feierlich vor versammeltem Kongreß die sichere Erwartung ausgesprochen hat, daß seinem Beispiel die europäischen Neutralen folgen würden, und nachdem ihm von allen Seiten eine Absage erteilt worden ist, wird er in die schwerste Verlegenheit geraten, wenn er weitere Schritte in der eingeschlagenen Richtung tun soll. Als ihm der Senat ausdrücklich die Billigung seiner Politik aussprach, war die Ablehnung der europäischen Neutralen noch nicht bekannt, und die Zuversicht Wilsons wurde wohl allgemein geteilt. Denn warum sollten die Senatoren Europas Verhältnisse besser kennen als der Präsident, der doch vordem Geschichtsprofessor gewesen ist?

Aber selbst in der Senatsverhandlung, die mit der Billigung schloß, hatte sich Opposition geregt. Der Republikaner und Friedensfreund Works griff das Verhalten Wilsons an, das er als unneutral bezeichnete, weil es überall die Meinung fördere, der Senat unterstütze den Präsidenten unter allen Umständen, solange er nur innerhalb der Grenzen seiner staatsrechtlichen Befugnisse bleibe und im Namen des Landes handle. Tatsächlich stimmten denn auch fünf Senatoren gegen die Billigung von Wilsons Schritt — eine kleine Minderheit allerdings, aber sie wird ein Echo im Lande finden.

Zumal als der frühere Staatssekretär Bryan begonnen hat, in entschiedener Weise für die Aufrechterhaltung des Friedens zu agitieren. Bryan äußerte die sehr verständige Meinung, die amerikanischen Schiffe sollten sich einfach außerhalb des von Deutschland genannten Sperrgebiets halten, dann liefen sie ja keine Gefahr; im übrigen könne die Auseinandersetzung mit Deutschland um ein Jahr verschoben werden. Hier spielt Bryan auf den amerikanisch-englischen Vertrag an, der bestimmt, daß Streitfragen ein Jahr Zeit zur Erledigung haben sollen. Bryan übt großen Einfluß auf alle Friedensfreunde in der Union aus und er ist ein um so gefährlicherer Gegner für die Politik Wilsons, als dieser gerade wegen seines Friedensprogramms wiedergewählt worden ist und die Enttäuschung in den nicht am Kriegsgewinn beteiligten Schichten der Bevölkerung natürlich groß ist und nur eines Führers bedarf, um eine Macht zu werden. Daß bereits ein Kongreßmann den Antrag gestellt hat, Bryan zu internieren, ist ebenso charakteristisch für die amerikanische Freiheit, wie für die Verlegenheit, in der sich die Draufgänger befinden.

Auch von anderer Seite her gerät Wilson in Bedrängnis. Auf die Anfragen der Reeder, wie sie es mit der deutschen Sperre halten sollen, hat er ausweichend geantwortet. Die Reeder verlangen aber eine bindende Erklärung; denn sie wollen wissen, ob sie oder Uncle Sam den Schaden zu tragen haben, wenn ein Schiff im Sperrgebiet zugrunde geht. Die Sache wird noch verwickelter dadurch, daß es sich ja nicht nur um die Gefahr durch Unterseeboote handelt, von der allein bisher Wilson gesprochen hat, sondern um die vielleicht noch größere durch Minen. So drängen die Reeder auf eine Entscheidung, und die kann und mag Wilson nicht treffen, da sie ja gewissermaßen seine künftige Politik im voraus festlegt.

Noch eines kommt hinzu, die Verlegenheiten des Präsidenten zu mehren. Zur Entente, an deren Seite sich die Union auch in der Form stellen würde, wenn sie zum Krieg gegen Deutschland überginge, gehört auch Japan. In den Weststaaten der Union hat man aber seit Jahrzehnten eine feindselige Haltung gegen die Japaner angenommen und lokale Gesetze beschlossen, die den Gelben die Einwanderung und den Aufenthalt möglichst erschweren sollen. Eben noch hat Wilson an die Staaten Oregon und Idaho das dringende Ersuchen gerichtet, doch auf die beabsichtigte Verschärfung der Anti-Asiaten-Gesetze in Rücksicht auf die Weltlage einstweilen zu verzichten. Ob die Staaten dem Wunsche folgen werden, ist ungewiß. Sicher aber ist, daß das Bundesparlament soeben, nach Wilsons Bruch mit Deutschland, das Verbot der Einwanderung von Analphabeten endgültig angenommen hat. Dieses schon früher beschlossene Gesetz hatte der Präsident mit seinem Veto belegt, was zur nochmaligen Verhandlung nötigte. Jetzt treten die Vorschriften in Kraft, die nicht nur die russischen und italienischen „Freunde“ treffen, soweit sie Analphabeten sind, sondern auch alle Japaner; denn es wird Kenntnis des Lesens und Schreibens in einer europäischen Sprache zur Bedingung der Zulassung gemacht. Seit Jahren schon besteht ein Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wegen der Einwanderungsbeschränkungen; werden jetzt die Japaner sich die gänzliche Ausschließung gefallen lassen? Und die Japaner sind die Bundesgenossen Englands, also in Wilsons Sinne demnächst auch die Bundesgenossen Amerikas. So ist Wilson in eine böse Klemme geraten, und es ist nicht abzusehen, wie er herauskommen könnte.

Die Ablehnung, die Wilsons Ansinnen bei den europäischen Neutralen gefunden hat, ist mindestens eine schwere diplomatische Niederlage des Präsidenten, die sein Ansehen im eigenen Lande schwächen muß. Ihm selbst scheinen auch schon Bedenken gekommen zu sein, denn er ist auf einmal vorsichtig geworden. Die Beschlagnahme der deutschen Schiffe, auf die England so sehr gerechnet hat, ist nicht erfolgt, wenn auch verschiedene „Sicherheitsmaßregeln“ getroffen worden sein sollen. Auch von anderen Schritten, die den Konflikt mit Deutschland verschärfen könnten, scheint Wilson trotz des Lärms der englandfreundlichen Presse Abstand nehmen zu wollen. Kurz, man gewinnt den Eindruck, daß die in Worten so gewaltige Zuversicht Wilsons schon stark ins Wanken gekommen sei.

Aber man soll daraus nicht schließen, daß damit der „Zwischenfall“ abgeschlossen sei. Zu laut hat Wilson in die Kriegstrompete gestoßen, als daß er nun einfach sagen könnte: „Es geschieht weiter nicht!“ Bereits hat sich der kriegstolle Roosevelt an ihn herangemacht und sucht ihn weiter zu schieben. Auch die Engländer werden sich bemühen, auf irgend eine Weise ein Ereignis herbeizuführen, das Wilson auf der einmal eingeschlagenen Bahn vorwärts drängen soll. Uebrigens ist man vielfach der Meinung, daß Wilson durch einen Geheimvertrag an England gebunden sei.

Nur eines ist wohl sicher: den Ruhm des Friedensstifters wird Wilson nicht gewinnen. Wir haben seine Kundgebungen immer mit kritischer Kühle aufgenommen, wenn wir sie auch, wie alle irgendwie für die Erörterung der Friedensfrage dienlich erscheinenden Auslassungen, der Beachtung empfahlen. Nun hat Wilson selbst eine Lage geschaffen, in der er als Führer der Neutralen einfach unmöglich ist. Ihm selbst muß diese Einsicht mittlerweile gekommen sein.

Kämpfe im Somme-Gebiet.

Luftkämpfe im Januar.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 8. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Ypern- und Wytschaete-Bogen sowie von der Ancre bis zur Somme herrschte lebhafter Artilleriekampf.

Vormittags griffen die Engländer bei Serre an; sie wurden abgewiesen.

Auf dem Nordufer der Ancre setzten nach kurzer Unterbrechung neue Angriffe ein, in deren Verlauf wir bei Bailleseourt etwas Boden verloren.

Nördlich des St. Pierre-Vaast-Waldes ist von einem im ganzen gescheiterten Vorstoß den Engländern eine schmale Einbruchstelle verblieben, die abgeriegelt ist.

Zwischen Maas und Mosel stieß bei Flirey nach wirksamer Feuervorbereitung eine Kompagnie bis in die dritte französische Linie vor und brachte bei geringem eigenen Verlust 26 Gefangene zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Von der Düna bis zur Donau keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Die Flieger erfüllten im Januar trotz strenger Kälte ihre wichtigen Beobachtungs-, Erkundungs- und Angriffsaufgaben.

Wir verloren im verflossenen Monat 34 Flugzeuge.

Die Engländer, Franzosen und Russen büßten in Luftkämpfen und durch Abschuß von der Erde 55 Flugzeuge ein, von denen 29 jenseits der Linien erkennbar abgestürzt, 26 in unserem Besitz sind.

Außerdem wurden 3 feindliche Fesselballons brennend zum Absturz gebracht; wir verloren keinen Ballon.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. Wien, 9. Februar. Amtlich.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An einigen Stellen der Front lebhaftere Artillerietätigkeit und für uns günstige Patrouillenunternehmungen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die abwartende Haltung Wilsons.

Eine Depesche der „Associated Preß“ aus Washington meldet: Wilson habe Schritte getan, damit die Haltung der Regierung während dieser gespannten Wartezeit die Haltung ruhiger Ueberlegung und über jede Kritik erhaben bleibe. Es wird amtlich bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung sehr darauf sehen wird, daß Deutschland und alle anderen fremden Länder keinen gerechtfertigten Grund zur Klage haben sollen. Allgemeine Anweisungen ergingen an alle Beamten der Bundesregierungen in allen Landesteilen, um jede übereilte Handlung zu vermeiden und nichts zu tun, was nicht gesetzmäßig ist und in das Gebiet der Regierung fällt. Von den Beamten wird erwartet, daß sie jede Tat vermeiden werden, die irgendwie zweifelhaft erscheinen könnte.

Die amerikanischen Schiffe und die deutsche Seesperre.

Der „Matin“ übernimmt eine Depesche des „Newyork Herald“ aus Washington, in der die Regierung erklärt, es sei augenblicklich materiell unmöglich, alle amerikanischen Schiffe, die das Seesperrgebiet berühren, begleiten zu lassen und betont ausdrücklich, daß die Frage, ob amerikanische Schiffe die deutschen Vorschriften übertreten und in die Gefahrzone eindringen sollten, von den Reedern selbst gelöst werden müsse. Die amerikanischen Schiffe seien berechtigt, der deutschen Bekanntgabe nicht Rechnung zu tragen. Die Reeder ihrerseits möchten, daß die Regierung einen endgültigen Entschluß fasse und es sei ungerecht, ihnen die Verantwortung für Handlungen zu überlassen, welche den Krieg entfesseln könnten.

Der frühere Staatssekretär Bryan verlangte in einer Versammlung unter dem Beifall seiner Zuhörer, amerikanische Schiffe sollten sich außerhalb der Sperrzone halten. Die Auseinandersetzung mit Deutschland könne auf ein Jahr verschoben werden. Die kriegsfeindliche Partei im Kongreß werde durch eine mächtige Gruppe unterstützt und könne für die Regierung ein Gegenstand der Aufmerksamkeit werden.

Laut „Vossischer Zeitung“ hat der Abgeordnete Miller die Internierung Bryans verlangt, den er des Hochverrats beschuldigte.

Die deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen.

Der Vertreter des Wolff-Bureaus meldet aus New York: Washingtoner Depeschen finden es im Hinblick auf die übertriebenen und irreführenden Berichte über die einzelnen, seit Abbruch der Beziehungen zu Deutschland ergriffenen Verwaltungsmaßregeln bezeichnend, daß die hartnäckigen Meldungen über eine bevorstehende Beschlagnahme der durch den Krieg in amerikanischen Häfen festliegenden Schiffe die autorisierte Erklärung hervorgerufen haben, daß ein solcher Schritt nicht einmal erwogen werde.

Nach einer in Berlin eingegangenen direkten Meldung der „New York Times“ ordneten weder die Militär- noch die Marinebehörden die Verhaftung deutscher Matrosen an. Die Matrosen, die ihre Schiffe verlassen wollten, wurden aufgefordert, sich zur Einwandererstation zu begeben und das Land auf diesem gewöhnlichen Wege zu betreten. — „Kronprinzessin Cecilie“ belegte man in Boston im Verlaufe des seit langem anhängigen Zivilprozesses mit Beschlag. Diese Maßnahme ist aber nur getroffen worden, um einen eventuellen Schaden zu verhindern, der den Wert des Schiffes als Sicherheit für den Kläger herabmindern könnte. Was die anderen deutschen Schiffe betrifft, erklärte die Regierung offiziell, daß sie diese nicht beschlagnahmen werde und daß die Deutschen über die Schiffe nach Belieben verfügen könnten. Die Mannschaften der internierten deutschen Kreuzer wurden aus Sicherheitsgründen von dort entfernt. Sie sind gut aufgehoben. Dies ist der vollständige Tatbestand der dortigen Ereignisse im Zusammenhang mit den Deutschen und mit den deutschen Schiffen.

Freies Geleit für den deutschen Botschafter.

Reuter meldet aus Washington: Amtlich wird bekannt gegeben, daß Großbritannien und Frankreich dem Grafen Bernstorff und dem Personal freies Geleit gewährten.

Die Antwort der schwedischen Regierung auf Wilsons Vorschlag.

Svenska Telegrambyran meldet: Die Note, die der schwedische Minister des Aeußern dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Nelson Morris, in Beantwortung des Vorschlages Wilsons an die Neutralen übergab, hat folgenden Wortlaut: Indem ich Bezug nehme auf ihren Brief vom 5. Februar, wodurch Sie der Königlichen Regierung die Ansicht Wilsons mitteilen, daß es im Interesse des Friedens angezeigt sei, aus Anlaß der neuen Seesperre, die von der deutschen Regierung erklärt wurde, eine der Haltung der Vereinigten Staaten ähnliche Haltung einzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgte, ist eine streng unparteiische Neutralität. Die Regierung tat alles ihr mögliche, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt. Gleichzeitig machte sie, soweit möglich, die Rechte geltend, die daraus abzuleiten sind. Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen und die Prinzipien des Völkerrechts aufrechtzuerhalten, wandte die Regierung sich mehrmals an die neutralen Mächte, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem genannten Zwecke zu gelangen. Insbesondere unterließ die Regierung es nicht, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern stellte die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubten, sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge führten zu einem System von gemeinsamen Maßnahmen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien. In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unbeschreiblichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur Herbeiführung eines nahen, dauernden Friedens beizutragen. Sie beeilte sich daher, sich der Initiative des Präsidenten anzuschließen zum Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu prüfen. Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abkürzung des Kriegsübels an, aber die Regierung der Vereinigten Staaten wählte ein Mittel, zu diesem Zweck zu kommen, ein Verfahren, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht, die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der Königlichen Regierung leiteten. Die Regierung des Königs, die sich auf die Meinung der Nation stützt, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargetan hat, will zukünftig wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber der beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

(ges.) K. A. Möllenberg.

Holländische Blätterstimmen.

Die Amsterdamer „Tijd“ schreibt zur Erklärung des niederländischen Ministerpräsidenten in der Zweiten Kammer, man habe kaum eine andere erwarten können. Bisher schien es, daß Wilson der Friedensvermittler werden werde. Hoffentlich werde es nun den Neutralen vergönnt sein, die Arbeit Wilsons wieder aufzunehmen. Es sei der stille Wunsch des niederländischen Volkes, daß das, was in Amerika begonnen wurde, im Haag vollendet werde. In einem anderen Artikel schreibt das Blatt „Tijd“, es werde täglich deutlicher, daß die meisten neutralen Staaten nicht Wilsons Vorbild folgen würden. Das Auftreten Brasiliens sei ein Theater.

Das „Allgemeene Handelsblad“ ist mit der Regierungserklärung nicht zufrieden und schreibt: Das gemeinsame Auftreten der kleinen neutralen Staaten hätte mehr Wirkung gehabt. Die selbständige Politik der Regierung würde schön und gut sein, wenn der selbständige, nachdrückliche Protest auch nur die geringste Wirkung gehabt hätte, aber jedermann wisse, daß es nicht der Fall sein werde.

Die Haager Zeitung „Vaderland“ schreibt nach einem Telegramm des Korrespondenzbureaus: Wir stimmen vollständig mit der Antwort der niederländischen Regierung überein. Das Blatt schreibt weiter: Man verweist uns auf die Seite der Entente, und zwar aus höheren Motiven dieses Krieges, aber wir Niederländer haben jetzt zweieinhalb Jahre immer wieder gehört, wie von beiden Seiten höhere Motive angeführt wurden. Selbst wenn wir nicht daran zweifeln, welche dieser Motive am meisten unsere Beherzigung und Zustimmung verdienen, vergessen wir doch nicht, daß ihre Erstrebung für uns absolut keine Bedeutung mehr hätte, sobald wir selbst in den Krieg gerieten und unser Land verwüstet würde. Unsere eigene Existenz kommt für uns in erster Linie in Betracht. Die dürfen wir weder für die höheren Ziele der Entente, noch für die der Zentralen aufs Spiel setzen, und das gewährt uns eine Genugtuung, daß dies auch bei den Alliierten nicht ganz übersehen wird. Wir sind völlig überzeugt, daß dieser Standpunkt unserer Regierung die Zustimmung unserer Landesgenossen findet. Unser Volk verlangt nichts anderes, als von den Schrecknissen des Krieges bewahrt zu bleiben. Diesem Wunsch trägt die verständige Antwort der niederländischen Regierung Rechnung, und danach wird sie nach unserer Ueberzeugung allgemein anerkannt werden.

Zur Rede Bonar Laws

im englischen Unterhause ist noch nachzutragen: Bonar Law kam am Schluß kurz auf den Abbruch der Beziehungen zwischen den Unionstaaten und Deutschland zu sprechen und sagte, Wilson zeigte stets, daß er die Neutralität und den Frieden zu erhalten wünsche. Zwar nicht unter allen Bedingungen, aber unter allen Bedingungen, denen die Alliierten sich anschließen könnten. Daß die Regierung der Unionstaaten die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben, sei an und für sich das beste Zeugnis für die Gerechtigkeit der Sache der Entente und für die Methode, durch welche der Feind den Sieg zu erringen trachtete. Schließlich zog Law einen Vergleich zwischen der Lage Deutschlands von heute und der Napoleons, der immer wieder Erfolg hatte, für den aber die Zeit gekommen war, wo das Gefühl der ganzen Welt sich gegen ihn empörte und er aus Europa vertrieben wurde. Das sittliche Gefühl werde heute gegen Englands Feinde wirken und das Ergebnis werde dasselbe sein.

Der englische Schiffsersatz.

Im Unterhaus teilte Sir Leo Money in Vertretung des Schiffahrtsdiktators mit, daß Abmachungen getroffen worden sind, um ein umfangreiches Bauprogramm für Handelsschiffe nach mehreren geeigneten Typen durchzuführen und daß außerdem alle Anstrengungen gemacht würden, den Bau geeigneter Handelsschiffe, die gegenwärtig in Arbeit sich befinden, zu beschleunigen.

Wie Neutrale in den englischen Bannwarendienst gezwungen werden.

Ein neues Beispiel der Vergewaltigung der neutralen Schiffahrt durch England gibt der Bericht des Kommandanten eines unserer dieser Tage von einer Unternehmung zurückgekehrten U-Bootes. Das U-Boot hatte Anfang Januar einen auf der Reise von Buenos Aires über Falmouth nach Amsterdam bestimmten holländischen Dampfer angehalten, der unter anderem auch eine für die englische Regierung bestimmte Ladung von 15 000 Kolli Tomaten und Bananen